



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Philippinen

2016

Im März 2016 wurde auf den Philippinen erstmals ein Polizeibeamter wegen Folter nach dem 2009 verabschiedeten Anti-Folter-Gesetz strafrechtlich verurteilt. Ein Gericht in Manila verhängte eine zweijährige Haftstrafe gegen Jerick Dee Jimenez. Er muss darüber hinaus seinem Opfer Jerryyme Corre eine Entschädigung in Höhe von 2.173 \$ bezahlen.

Der Busfahrer Jerryyme Corre wurde im Januar 2012 von zehn in Zivil gekleideten Polizeibeamten festgenommen, als er einen Verwandten in der Provinz Pampanga besuchte. Auf einer Polizeistation wurden ihm Elektroschocks verabreicht. Er wurde geschlagen und mit dem Tod bedroht. Die Polizisten beschuldigten ihn des Diebstahls, Drogenhandels und des Mordes an einem Ausländer und einem Polizisten. Sie sprachen ihn mit dem Namen „Boyet“ an, obwohl sie seinen Personalausweis mit seinem richtigen Namen vor Augen hatten. Ein Verwaltungsbeamter aus seiner Heimatgemeinde teilte der Polizei, dass sie ihn offensichtlich mit einem anderen Mann verwechselten.

Jerryyme Corre stritt alle Vorwürfe an, unterzeichnete aber unter der Folter ein „Geständnis“, das er nicht lesen durfte. Aufgrund dieses fingierten Geständnisses wurde er vier Jahre lang wegen angeblicher Drogendelikte in Haft gehalten.

Seit Dezember 2013 setzte sich Amnesty International im Rahmen ihrer weltweiten Kampagne „Stop Folter!“ für die Freilassung von Jerryyme Corre und die Aufklärung und Bestrafung seiner Folterung durch Polizeibeamte ein. Am 27. März 2014 überreichte Amnesty der philippinischen Polizei eine Petition mit 70.000 Unterschriften. Daraufhin wurde eine Untersuchung eingeleitet, die zu Jerryyme Corres Freilassung und zur Verurteilung von Jerick Dee Jimenez führte.

Amnesty sieht hierin ein Hoffnungszeichen im Kampf gegen die auf den Philippinen nach wie vor verbreitete Folter und Misshandlung. Obwohl die Philippinen die UN-Konvention gegen die Folter und das Zusatzprotokoll unterzeichnet haben, setzt die Polizei nach wie vor Folter und Misshandlung zur Erpressung von Geständnissen ein (Elektroschocks, Waterboarding, Schläge, Atemnot durch über den Kopf gestülpte Plastiktüten, Scheinhinrichtungen).